

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgeb. freibleibend für den Monat eine Goldmark.

Schriftleiter: Johannes Gärden, Baruth (Markt).

Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.

Für alle höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsler keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.

Mittwoch: Unterhaltungsblatt „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigegepaaltene Kleinzeile (90 mm) 46 Goldpfennig.

Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.

Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Eichsen, Baruth (Markt).

Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Sonnabend: „Mori und Bild“, illustriertes Sonntagsblatt.

Nr. 93

Donnerstag, den 5. August

1926

Deutschland braucht Kolonien!

Die mächtigste Kolonial-Landgebung in Hamburg.

↑ Hamburg. Der Sonntag wurde eingeleitet durch die Fahnenweihe des Vereins Deutscher Südwesafrikaner von 1914. Ein aus zahlreichen Abordnungen, Vereinen, Schützentrupps, Abteilungen, Kameradentoren und Astaris bestehender Festzug und eine Hagenbesche Jagdtarawans brachten den nach Tausenden zählenden Zuschauern, die die Straßen umfüllten, die Erinnerung an die verlorenen Kolonien nahe. Am Nachmittag hielt dann in der Hamburger Stadthalle Bürgermeister Dr. Peterjen eine Ansprache. Er führt u. a. aus:

Ueber wirtschaftliche Vorteile hinaus hatte der Kolonialhoff für unser Volk eine hohe ideelle Bedeutung. Als die Rüge von der Kolonialhysterie

zum Vorwande genommen wurde, uns aus den Kolonien zu vertreiben, da wußte jeder, der draußen in den Kolonien war, daß diese Rüge einmal zusammenbrechen würde. Daß sie aber so schnell und gründlich zusammenbrechen würde, das wußte niemand. Der Deutsche kam nicht, um zu erobern, in die Kolonien, sondern um mit zähem Fleiß und menschlicher Gesinnung wertvolle und fruchtbare Teile der Erde der Zivilisation dienbar zu machen. Die koloniale Sache ist eine deutsche Sache, sie hat nichts mit Parteipolitik zu tun.

Ministerbesprechung über die Magdeburger Affäre.

↑ Magdeburg. Der preussische Minister des Innern, Severing, und der preussische Justizminister, Amshelhoff, sind zu einer Besprechung über die Vorgänge bei der Magdeburger Morduntersuchung zusammengekommen. Es handelt sich um die Stellung des Untersuchungsrichters, Landgerichtsrats Dr. Kölling, der sich bisher gewiegert hat, mit den vom Landesstrafsenalpolizeiamt nach Magdeburg entsandten Berliner Kriminalbeamten bei der Untersuchung der Mordaffäre Helling zusammenzuarbeiten.

Mitbestimmungen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände.

Berlin. Am 2. August d. J. hat die Frist für die Anmeldung von Mitbestimmungen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände zwecks Austausch in Abfindungsanleihen wie für die Beantragung der Ausfuhrrechte begonnen. Die Frist endet am 1. November d. J. Nur innerhalb dieser Zeit können die Mitbestimmungen aus den Marktanleihen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände geltend gemacht werden. Es liegt im Interesse der Aufsehergänger, wenn sie ihre Anträge bei den Vermittlungsstellen (Banken, Sparkassen usw.) möglichst bald einreichen.

Hochwasser der Mulde.

Neuer Dammbau.

Dessau. Das Hochwasser der Mulde ist in Dessau eingetroffen und hat Felder und Gärten erneut überschwemmt. Der Rest der vom ersten Hochwasser verschont gebliebenen Gärten ist dadurch gänzlich vernichtet worden. Die Verbindung zwischen Dessau und Sonitz ist bereits wieder gestört. Die Gärten führen große Mengen Heu und Getreide mit sich. Auch die Elbe ist erneut über die Ufer getreten und überschwemmt große Flächen. An der Mulde-Schleuse bei dem anhaltischen Dorf Niesau ritz der Damm. Alle verfügbaren Mannschaften aus den benachbarten anhaltischen und preussischen Dörfern bemühen sich im Verein mit anhaltischer und preussischer staatlicher Ordnungspolizei, den Damm zu schließen. Eine Abtheilung der Ordnungspolizei aus Dessau ist mit 2000 Sandfäden nach der Bruchstelle abgefahren.

Eingreifen des Reichstages in Magdeburg gefordert.

Magdeburg. Landgerichtsrat Reiche hat an den Reichstag und die Reichsregierung folgende Eingabe abgehandelt:

„An den Reichstag (Reichsregierung) wende ich mich in meiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes Magdeburg vom Preussischen Richterverein gemäß Artikel 126 der Reichsverfassung.

Der Reichstag bitte ich, nach Artikel 15 und 102 der Reichsverfassung eingzugreifen zum Schutze der Rechtspflege und zur Wahrung der Unabhängigkeit der Richter, weil einem Richter in Magdeburg, dem die Führung einer Untersuchung nach dem Gesetz obliegt, von den Verwaltungsbehörden außerordentliche Schwierigkeiten bereitet werden. Dadurch entsteht die Gefahr, daß die Klärung der Angelegenheit unmöglich gemacht wird. — Auf die in der Presse in den letzten Wochen eingehend erörterten Vorgänge nehme ich Bezug.“
gez. Reiche, Landgerichtsrat.

Vorbereitungen für die Septembertagung des Völkerbundes.

Berlin. Das Interesse für die Septembertagung des Völkerbundes zeigt sich in verstärkterem Verkehr. Es handelt sich diesmal um die siebente Tagung der Vollversammlung, in der neben formalen Dingen, wie Wahl des Präsidiums usw. auch schwebende Fragen, insoweit 22, auf der Tagesordnung stehen. U. a. wird zur Stützungsfrage Stellung genommen werden, zur Finanzwiederherstellung Oesterreichs, zur Sanierung Ungarns, zur Lage der griechischen Flüchtlinge und zur Opiumfrage. Ein weiterer Punkt betrifft die Frage der Ratszusammensetzung, und als erster Punkt wird der Bericht der 1. Kommission der außerordentlichen Versammlung vom März über den Eintritt Deutschlands verhandelt.

Es ist nun die Frage aufgetaucht, ob Deutschland zu der kommenden Tagung eine neue Einladung erhalten wird. Deutschland hat, solange es nicht Mitglied des Völkerbundes ist, nicht dieselbe Einladung wie die Mitglieder des Völkerbundes zu erwarten. Die Situation ist aber gegenüber der Märztagung anders. Damals handelte es sich um eine außerordentliche Sitzung mit dem einzigen Zweck des deutschen Eintritts-Gesuches, während heute eine ordentliche Sitzung mit großer Tagesordnung stattfindet. Außerdem sind einige Formalien durch die Aufnahmekommission erledigt worden. Es kann aber auch sein, daß in der Angelegenheit der Ratszusammensetzung sich die Schwierigkeiten vom Frühjahr wiederholen werden. Aus all diesen Gründen der völligen Unklarheit läßt sich noch nicht übersehen, in welchem Zeitpunkt eine Aufforderung an Deutschland zur Teilnahme an der Genfer Septembertagung ergehen wird.

Eine Entschlieung zur Regelung des Auswandererwesens.

Berlin. Der Deutsche Kolonialverein hat folgende Entschlieung gefaßt: „Soll die zunehmende deutsche Auswanderung nicht lähmend und schwächend auf das deutsche Volks- und Wirtschaftsleben wirken, müssen folgende Forderungen Berücksichtigung finden:

1. Die Ausstellung eines Auswanderungspasses ist abhängig zu machen von dem Besuch einer amtlichen Beratungsstelle (Reichsstelle für das Auswandererwesen).
2. Für Innensiedlung geeignete Persönlichkeiten sollen möglichst in Deutschland bleiben.
3. In allen Auswanderungsändern sind unter staatlicher Aufsicht stehende Wirtschaftsunternehmungen zu schaffen, bei welchen die Auswanderer auf einige Monate Beschäftigung finden, insbesondere zu dem Zweck, sie auf ihre spätere Tätigkeit als Landarbeiter oder Siedler im Auslande vorzubereiten.
4. Von dort aus werden die Auswanderer als Siedler oder Landarbeiter weitergeleitet.
5. Die Verbindung mit der Heimat ist durch geeignete Einrichtungen aufrecht zu erhalten, so daß das deutsche Wirtschaftsleben durch die Bedürfnisse der Auswanderer Förderung und Belebung erhält.“

Thüringen hebt das „Potemkin“-Verbot nicht auf!

Weimar. In der thüringischen Regierung ist man der Ansicht, daß durch die Umänderung des „Potemkin“-Filmes keine neue Lage eingetreten sei. Der „Potemkin“-Film ist und bleibt also in Thüringen verboten.

Ferner wird die Regierung einen Protest dagegen erheben, daß die aus sachlichen Gesichtspunkten gefallene Entscheidung der Verbände (Stahlsheim, Reichsbanner usw.) über den Platz des Reichsheimatens jetzt aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten vom Rheinlande her umgestoßen werden soll.

Moskau protestiert gegen den polnischen Kriegshafen Gdingen.

Moskau. Der russische Gesandte in Warschau hat bei der polnischen Regierung Protest gegen den Ausbau des Kriegshafens von Gdingen eingelegt. Die russische Regierung stellt fest, daß der Bau eines neuen Kriegshafens in Gdingen das Gleichgewicht im Osten före. Um den Frieden im Baltischen Meer zu sichern, bittet die Sowjetregierung die polnische Regierung, den Bau nicht weiterzuführen.

Das deutsch-französische Wirtschaftsprovvisorium fertiggestellt.

Unterzeichnung im Laufe der Woche.
Paris. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind zum Abschluß eines Wirtschaftsprovisoriums nunmehr soweit gediehen, daß mit der Unterzeichnung des Provisoriums durch die beiden Delegationsleiter, Ministerialdirektor Poste und Handelsminister Bogdanowitsch, noch im Laufe dieser Woche gerechnet werden kann. Die deutsche Delegation wird sich darauf nach Berlin begeben, um das Wirtschaftsprovisorium dem Reichstag und den parlamentarischen Ausschüssen des Reichstages vorzulegen.

Der Geist von Locarno.

Französische Zustimmung im besetzten Gebiet.

↑ Koblenz. Das französische Militärgericht verurteilte den Rektor Vertram aus Ridesheim zu 500 Mark Geldstrafe oder zwei Monaten Gefängnis, weil er seine Schüler auf einem Ausflug zum „Deutschen Eck“ das Deutschlandlied singen lassen.

Nach einer Bekanntgabe des Reichskommisars für die besetzten Gebiete hat die interalliierte Rheinlandkommission den Film „Die Nacht am Rhein“ im besetzten Gebiet verboten.

Ein Echo zum elsass-lothringischen Ausnahmegegesetz.

↑ Straßburg. Von maßgebenden elsass-lothringischen Zeitungen nimmt nur der katholische Elsäßer Kurier zu dem vom Justizminister Barthou dem französischen Reichstag vorgelegten Ausnahmegegesetz für Elsass-Lothringen Stellung. Der Elsäßer Kurier bemerkt zu dem Ausnahmegegesetz u. a. folgendes:

Wird durch die Gewaltmaßnahmen die Bewegung unterdrückt? Niemals, sie wird im Gegenteil noch bedeutend zunehmen, sie ist nicht mehr aufzuhalten, es sei denn, daß unzureichlich Nemebur geschaffen wird, daß man die Beamten- und die Sprachenfrage löst, daß man geschehenes Unrecht wiedergutmacht, daß man den Nationalisten, der aus den Elsässern nur Kolonisten und Bürger zweiter Klasse macht, einwilligig die Landesverwaltung.

Welches Echo wird diese Nachricht im Ausland wecken? Man wird darauf hinweisen, daß Deutschland nach dem Kriege von 1870 in Elsass-Lothringen Protektoren fand, und daß selbst der eigene Kanzler nicht mit Gefängnis gegen diese Protektoren vorgegangen ist. Dem außenpolitischen Standpunkt aus hätte die Regierung Poincaré-Barthou keinen größeren und keinen verhängnisvolleren Fehler begehen können.

Die Hoffnung Rumäniens auf Italien.

↑ Bukarest. In Bukarester politischen Kreisen sieht man mit großem Interesse der bevorstehenden Italienreise des Ministerpräsidenten Lovrescu entgegen. Dieser beabsichtigt, in Rom in erster Linie den Besuch des rumänischen Königs, der im September erfolgen soll, vorzubereiten. Außerdem will er durch Mussolinis Vermittlung die Ratifizierung der Urkunde über die Einverleibung des Banats in Rumänien durchsetzen. Die italienische Regierung soll ferner ersucht werden, Rumänien eine bedeutende internationale Anleihe zu ermöglichen. Ferner wird der rumänische Ministerpräsident versuchen, die seit sechs Jahren schwebenden Verhandlungen über den Abschluß des Kontrates zwischen dem Vatikan und der rumänischen Regierung zu Ende zu bringen.

Bukarest. Wegen der wiederholten Einfälle bulgarischer Banden hat die rumänische Regierung an der Dobrubrajenge in einer Tiefe von 30 Kilometern den Belagerungszustand verhängt.

Latin-Amerikas Stellungnahme zur Juristenkonferenz in Genf.

↑ London. Wie der diplomatische Korrespondent eines englischen Blattes meldet, hat die Abgabe so vieler zentral- und südamerikanischer Mitgliedschaften des Völkerbundes auf die Einladung des Völkerbundesrates, an der juristischen Konferenz teilzunehmen, in Völkerbundeskreisen allgemeines Aufsehen erregt. Auf dieser Konferenz soll versucht werden, einen Text für eine Antwort aller Mitgliedsstaaten an die Vereinigten Staaten von Nordamerika in der Frage der Vorbehalte für das Statut des Weltgesundheitsrates zu formulieren. Die Abneigung der lateinamerikanischen Staaten sei allerdings nicht übersehbar. Naturgemäß sei man dort bemüht, die nordamerikanische Empfindlichkeit nicht zu verletzen.

Amerikanisch-mexikanische Spannung.

↑ New York. Der amerikanische Geschäftsträger in Mexiko hat seine Regierung davon unterrichtet, daß von der mexikanischen Kirchenbesetzungsbehörde auch amerikanische Kirchen betroffen worden seien. Eine entschieden gehaltene Protestnote dürfte in den nächsten Tagen in Mexiko überreicht werden.

Die amerikanische Presse gibt alle Besichte aus Mexiko in großer Aufmerksamkeit wieder und nimmt in schärfer Weise gegen Präsident Calles Stellung. Calles hat den Vorschlag der Bischöfe abgelehnt. Dadurch ist die Erregung in den katholischen Kreisen Mexikos aufs höchste gestiegen. Die Kirchen, deren Beschlagnahme binnen 24 Stunden durchgeführt war, sind den Gläubigen wieder geöffnet worden. Die Gewerkschaften setzen ihren antikirchlichen Werbestellung in ganz Mexiko fort.